

Unruhen in Hamburg: Rechte fordern Verfolgung

Berlin. Eine Reihe von Staatsmitarbeitern und rechten Politikern fordert nach den Unruhen im Umfeld des G-20-Gipfels vom vergangenen Wochenende in Hamburg Verfolgungen und Gesetzesverschärfungen. So versuchte etwa die Spitzenkandidatin der rechtsnationalistischen AfD, Alice Weidel (Foto), am Montag ein Verbot »linksextremer Antifagruppierungen« ins Gespräch zu bringen. Sie nutzte ebenso wie CDU-Generalsekretär Peter Tauber die Gelegenheit, um die Schließung von Kulturzentren zu fordern: Insbesondere die Rote Flora in Hamburg und die Rigaer Straße in Berlin »können aus meiner Sicht nicht länger geduldet werden«, sagte Tauber am Montag in Berlin.

Gegen den Gipfel und die globale Politik hatte es eine Vielzahl von Demonstrationen gegeben, bei denen inhaltliche Forderungen formuliert worden waren. Darunter eine Hauptkundgebung mit 76.000 Teilnehmern am Samstag. (jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/314165.unruhen-in-hamburg-rechte-fordern-verfolgung.html>